

# NEIN

## zum Umbau und der Zerstörung der Kastanienallee

---

**Das Bezirksamt Pankow plant einen "Umbau" der Kastanienallee.**

### **Was sind die Bezirksamts-Pläne?**

- Die Schankvorgärten sollen verschwinden oder stark rückgebaut werden.
- Die Fahrbahn soll um 4 Meter verbreitert werden.
- Der Fußweg soll deutlich schmaler werden, auf etwa 5 Meter statt heute 8 Meter.
- Die Autos sollen auf den Fußweg, zwischen die Bäume, zum parken umgesetzt werden.
- Es werden also etwa 1.800 Quadratmeter Bürgersteig in Parkfläche für Autos umgewandelt, gleichzeitig wird die Zahl der Parkplätze in der Straße von 150 auf 80 halbiert.
- Die Parkplätze sollen nur noch für jeweils 2 Stunden belegt werden dürfen.
- Ein "Angebotsstreifen" soll den Fahrradfahrern ermöglichen, schnell und sicher die Straße zu befahren.

Baubeginn soll 2010 sein, die Baudauer angeblich nur 2 Jahre betragen.

### **Was sind die Gründe der Umbauplaner?**

- Die BVG möchte einen schnelleren Transit der Tram vom Rosenthaler Platz zum U-Bahnhof Eberswalder Str. erreichen.
- In der Definition der Planer ist die Kastanienallee eine Hauptverkehrsstraße, die diesen Verkehrsanforderungen momentan nicht gerecht wird.
- Fahrradfahrer sollen sicherer durch die Straße fahren.

### **Was ist wirklich zu erwarten?**

- Der Verkehr wird wesentlich beschleunigt werden, sowohl der von Autos wie von der Tram, dadurch wird die Verkehrssicherheit allgemein eher verringert.
- Die Fahrradfahrer werden von "ihrem" Angebotsstreifen immer wieder über die Gleise hinweg wegen kurz parkender Autos ausweichen müssen, was die Sicherheit speziell der Fahrradfahrer stark verringern wird.
- Die Fußwege werden stark verengt, so dass ein Straßen-Cafeleben oder ein Flanieren wie heute kaum mehr möglich sein wird.

Das zur Verfügung stehende Geld kommt aus öffentlichen Denkmalschutzmitteln. Da die Planungen des Bezirksamts das Gegenteil der erklärten Ziele bewirken würden, könnten die Gelder sinnvoll in anderen und sinnvollen Projekten investiert werden, z.B. bei der denkmalgerechten Sanierung des Stadtbad Oderberger oder zur Fertigstellung des Mauerparks.

Wir sagen NEIN zum Umbau und der Zerstörung der Kastanienallee und fordern stattdessen: Tempo 30, Zebrastreifen, eine Kinderampel, eine Reparatur der Gehwege und mehr Grün.

### **Bürgerinitiative Kastanienallee**

Anwohnerinnen, Anwohner und Gewerbetreibende der Kastanienallee

## **Umbau der Kastanienallee - Positionen und Forderungen**

Die vom Bezirksamt und der Sanierungsgesellschaft S.T.E.R.N. entwickelten Pläne zum Umbau der Kastanienallee wurden auf einer Informationsveranstaltung am 3. Juni 2008 erstmals öffentlich vorgestellt. Es zeigte sich bereits hier, dass die Pläne bei den vor Ort Betroffenen auf breite Ablehnung stießen. In der Folge haben wir – Anwohner und Anwohnerinnen und Gewerbetreibende – uns zu einer Initiative zusammengeschlossen.

Uns eint die Unzufriedenheit sowohl mit dem vorliegenden Konzept als auch mit dem bisherigen Verfahrensverlauf, während hinsichtlich alternativer Lösungen unter uns ein klarer Konsens besteht. Die in der Straße und im Kiez lebenden und arbeitenden Menschen sind ganz überwiegend ebenfalls dieser Meinung, wie bisherige Reaktionen deutlich gezeigt haben.

### **Ausgangslage und grundsätzliche Positionen**

Die Kastanienallee ist eines der Berliner Szene-Gebiete von internationalem Ruf und insofern ein bedeutsamer Wirtschaftsstandort. Diese erfreuliche Situation geht nicht zuletzt auf die momentane Gesamtsituation in der Straße zurück. Die Anwohner und Gewerbetreibenden können die Qualitäten und Eigenheiten dieser Straße am besten einschätzen.

Um das vorhandene Flair nicht aufs Spiel zu setzen, muss die Straße als sensibles Terrain wahrgenommen und mit Nachhaltigkeit behandelt werden. Das heißt, dass die Bedeutung der Straße nicht überwiegend in ihrer verkehrsmäßigen Bedeutung gesehen werden kann - etwa im Sinne einer 'Transitstraße'.

Dass die Verkehrslage in der Kastanienallee nicht unkompliziert ist und dass es keine perfekte Lösung geben kann, ist unstrittig. Den Angaben des Bezirksamts zufolge verzeichnet die Kastanienallee in der derzeitigen Situation zwar eine hohe Anzahl von Unfällen, darunter jedoch ganz überwiegend nur leichte Unfälle.

Wir sind grundlegend der Meinung, dass der Status Quo nahe am erreichbaren Optimum ist und befürworten deshalb lediglich geringfügige Veränderungen. Auch wenn die bestehende Verkehrssituation einen chaotischen Eindruck erwecken mag, funktioniert sie erstaunlich gut. Die Intensität des Verkehrsgeschehens sorgt dafür, dass hier Verkehrsteilnehmer in der Regel mit relativ niedriger Geschwindigkeit und erhöhter Aufmerksamkeit am Verkehr teilnehmen, wie es dem niederländischen "shared-space" - Konzept ([http://de.wikipedia.org/wiki/Shared\\_Space](http://de.wikipedia.org/wiki/Shared_Space)) entspricht. Mit den kürzlich vorgenommenen Fahrrad-Markierungen zwischen den Trambahngleisen ist eine erhebliche Verbesserung der Lage in diese Richtung eingetreten.

Anstatt auf dieser erfolgreichen Entwicklung aufzubauen, soll nun ein gänzlich neues Konzept kommen. Die geplanten Maßnahmen halten wir aus verschiedenen Gründen für fehlgeleitet, für übertriebene Eingriffe, mit denen die Situation in der Straße für fast alle Nutzer voraussichtlich verschlechtert statt verbessert wird. Nachfolgend ist die Kritik an den Planungen des Bauamtes im Einzelnen dargelegt.

### **Verkehrssicherheit (Radfahrer)**

In Punkto Verkehrssicherheit wird argumentiert, dass durch den Angebotsstreifen für Radfahrer deren Verkehrssicherheit erhöht wird. Das klingt zunächst einleuchtend. Man muss jedoch damit rechnen, dass die Fahrradspur niemals durchgängig befahrbar sein wird. Die Fahrradspur wird ganz wesentlich zur Lieferverkehr- und Kurzparkspur, so dass

die Fahrradfahrer ständig auf die Fahrbahn für Tram und Autos einpendeln müssen. Da Autos und Tram, wie geplant, schneller fahren werden, erhöht sich die Gefahr schwerer Unfälle damit deutlich.

### **Fahrbahnüberquerung (Fußgänger)**

Durch die in den Plänen vorgesehene Verbreiterung der Fahrbahn (derzeitige Parkspur wird zur befahrenen Spur) wird das Überqueren gefährlicher, was insbesondere Kinder, ältere Menschen sowie mitunter alkoholisierte Gastronomiebesucher betrifft. Um dies zu verhindern wurde vom Bezirksamt die Errichtung von Übergangsstellen vorgesehen. Bei der Vielzahl an Geschäften und Publikumsmagneten auf beiden Straßenseiten ist jedoch nicht zu erwarten, dass sich die Besucher an die Überquerungsstellen halten werden. Auch zukünftig würde die verbreiterte Strasse überall überquert werden, was dann aber auf der gesamten Straßenlänge wesentlich gefährlicher sein würde.

### **Verkehrsfluss (Trambahn)**

Eines der Hauptargumente des Bauvorhabens betrifft den Trambahnverkehr, aus dem der Fahrradverkehr herausgehalten werden soll. Wie oben bereits gesagt, wird es in der Praxis auch künftig nicht zu verhindern sein, dass sich Fahrradfahrer und ÖPNV die Fahrbahn notgedrungen teilen müssen. Davon abgesehen wäre auf dieser kurzen Strecke (ca. 600m) auch nur eine geringfügige Zeitersparnis möglich. Nach unserer Rechnung sind es nur wenige Sekunden/Fahrt. Kosten und Nutzen stehen daher in keinem sinnvollen Verhältnis - ein geringfügiger Vorteil für die BVG geht auf Kosten vieler anderer.

### **Parksituation**

Das vorgestellte Konzept sieht eine massive Reduzierung der Parkmöglichkeiten (zu Lasten der Fußgänger und Gewerbetreibenden) vor. An alternative Stellplätze für die schon jetzt überzähligen Fahrzeuge wurde allerdings nicht gedacht.

Im Falle der Realisierung wären chaotische Zustände vorprogrammiert, (zumal durch die Parkraumbewirtschaftung auf der Kastanienallee in Mitte noch Parkverlagerung in den Prenzlauer Berger Teil der Kastanienallee festzustellen ist).

### **Belastungen durch den Bau**

Das vorliegende Konzept veranschlagt eine zweijährige Bauzeit. Baumaßnahmen von diesem Umfang sind den Bewohnern und Gewerbetreibenden der Kastanienallee schlichtweg nicht mehr zuzumuten. Nach jahrelanger Dauerbelastung durch Sanierungen an allen Ecken und Enden sowie umfangreiche straßenbauliche Arbeiten (wiederholte Sanierung des Gleisbetts der Tram in den letzten Jahren) muss wieder ein "normaler" Zustand erreicht werden.

Außerdem bringt der Umbau nach den jetzigen Plänen wirtschaftliche Nachteile für die ansässigen Gewerbe mit sich - viele Gewerbetreibende sagen, die Pläne hätten für sie ruinöse Folgen. Gesundheits- und geschäftsschädigende Auswirkungen durch den Umbauplan werden vom Bezirksamt völlig unreflektiert in Kauf genommen.

### **Kulturelle Beeinträchtigungen**

Ein wesentlicher Grund für die Attraktivität der "Castingallee" sind die breiten Gehwege. Die Straße lädt zum Verweilen und Flanieren ein, für den Einzelhandel (Gastronomie, Modeboutiquen, etc.) ist der Standort attraktiv und umsatzstark. Die zur Verfügung stehende Bürgersteigfläche wird auch zukünftig in vollem Umfang gebraucht.

Eine Einschränkung dieser Räume, wie im derzeitigen Konzept vorgesehen, wirkt sich in höchstem Maße nachteilig auf die Kultur der Strasse aus.

Dies gilt ebenso für den mit dem Umgang mit der bestehenden Begrünung. Und auch bei der Sanierung der Gehwegplatten besteht die Gefahr, dass die Maßnahmen über das Ziel hinaus schießen. Die Einebnung und Begradigung der gewachsenen Kultur zerstört den lebendigen Charakter der Strasse.

### **Zusammenfassung und Forderungen**

Aus oben genannten Gründen sind wir der Auffassung, dass die geplanten Maßnahmen keine Verbesserung herbeiführen, sondern das Gegenteil bewirken. Die wesentlichen Problempunkte der Planungen des Bezirksamtes sind hier noch einmal zusammengefasst:

- Für Fahrradfahrer wird das Befahren der Strasse gefährlicher.
- Für Fußgänger wird das Überqueren der Strasse gefährlicher.
- Für den Tramverkehr käme nur eine zu vernachlässigende Beschleunigung zustande, die mit der die Vielzahl der eingehandelten Probleme nicht zu rechtfertigen ist.
- Das Parkplatzproblem wird verstärkt, da Ausweichmöglichkeiten nicht gegeben sind.
- Die Belastung durch die Baumaßnahmen geht über das tolerierbare Maß hinaus.
- Ansässige Gewerbe sind von teils massiven Umsatzeinbussen betroffen.
- Die Reduzierung der Gehwegfläche schadet dem kulturellen Flair der Strasse erheblich.

Angesichts der vielen negativen Folgen und Unwägbarkeiten lehnen wir die Umsetzung der Pläne in dieser Form entschieden ab. Dahingegen sprechen wir uns im Wesentlichen für eine weitgehende Bewahrung des Status Quo aus. Lediglich geringfügige Änderungen erachten wir als sinnvoll. **Wir erheben daher folgende Forderungen:**

- Von einem Umbau in der geplanten Form ist gänzlich abzusehen.
- Stattdessen fordern wir die Einführung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen (Tempo 30, Zebrastreifen, Kinderampel).
- Die Reparatur der Gehwege ist auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken. Die Planung der Reparatur soll unter Bürgerbeteiligung stattfinden.
- Wir fordern Einsicht in die Planungsakten (durch einen von uns beauftragten Anwalt für Verwaltungsrecht).

Im Vergleich zum Vorhaben des Bezirksamtes sind die von uns befürworteten Maßnahmen erheblich kostengünstiger. Nur weil Gelder erfolgreich beantragt wurden, muss es ja nicht unnötig ausgegeben werden.

Sinnvoll wäre es, die bereitstehenden Gelder dorthin zu transferieren, wo sie dringend benötigt werden (z.B. Stadtbad Oderberger, Mauerpark).

### **Anmerkungen zum Verfahren**

Mit der Art und Weise wie in diesem Fall seitens der Politik mit den Bürgern umgegangen wird, können wir bis dato nicht zufrieden sein. Erst zuletzt wurden die maßgeblichen Veränderungen öffentlich bekannt gegeben, während zuvor allenfalls von Nebensächlichkeiten die Rede war. So werden die betroffenen Bürger de facto vor vollendete Tatsachen gesetzt – Bürgerbeteiligung findet nicht oder nur scheinbar statt.

Die aufoktroyierten Konzepte und die Informationsveranstaltung "zum Abnicken" entsprechen nicht unserem Verständnis von demokratischer Kultur.

Als Bürger mit einem Mindestanspruch an demokratische und politische Kultur fühlen wir uns durch das Vorgehen des Bezirksamtes vor allem in unserem demokratischen Gesellschaftsverständnis verletzt.

Solches Verhalten seitens der Politik widerspricht dem aufgeklärten Demokratieverständnis, wie es beispielsweise von der Partei Die Grünen vertreten wird (deren Mitglied der verantwortliche Stadtrat Jens Holger Kirchner ist). In der Hoffnung auf Besserung verweisen wir abschließend auf einen entsprechenden Satz aus dem Grundsatzprogramm der Grünen von 2002 (S.129). Dort heißt es:

*"Ein Schlüssel für mehr Demokratie liegt in der Frage, ob es den Parteien gelingt, sich für die Bürgerinnen und Bürger zu öffnen, neue Beteiligungsformen aufzugreifen und sie in den politischen Entscheidungsprozess einfließen zu lassen."*

### **Bürgerinitiative Kastanienallee**

(Stand: 26.06.2008)

## **Ihre Stimme zählt!**

Liebe Anwohnerinnen, Anwohner und Gäste der Kastanienallee,

der Positionen- und Forderungskatalog wird weiter entwickelt. Dabei kommt es auch auf Ihre Meinung und Stimme an.

Diese Seite ist dafür bestimmt, Ihre Ideen, Kommentare und Anmerkungen aufzunehmen, damit in der Diskussion ein bestmögliches Ergebnis erzielt werden kann:

Ich wünsche mir ... – ich schlage vor ... – ich lehne ab ... – man könnte überlegen ob - ...